Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 174. | Dresden, Freitag den 31. Juli 1914. | 25. Jahrg.

Ernste Stunden.

Ein Handstreich der Kriegspartei? — Junkerliche Kriegstreibereien. — Beschlüsse der Internationale für den Weltfrieden. — Das Gespenst des Hungers.

Berlin, 30. Juli. Die durch Extrablätter in Berlin und anderen Städten verbreitete Nachricht von einer Mobilmachung des deutschen Heeres und der Flotte, die in der Stadt großes Aufsehen erregte, wurde bald wieder amtlich widerrufen. Die Erregung in der Stadt ist nach wie vor stark. Auf den Straßen sind große Menschenmengen versammelt, die gespannt auf die neuesten Ereignisse warten.

In den vierundzwanzig Stunden von Mittwoch bis Donnerstag abend ist eine neue Verschlechterung der Weltlage fast bis zur Hoffnungslosigkeit eingetreten. Die neue Krise begann mit der Alarmnachricht des englischen Reuterschen Depeschenbureaus, daß Rußland eine Teilmobilisierung seiner Armee mit der Spitze gegen Oesterreich angeordnet habe. Die Nachricht war, wie sich später herausstellte, in dieser Form nicht richtig oder doch im Augenblick, wenn sie erschien, noch nicht richtig, obwohl an den umfassendsten militärischen Vorkehrungen Rußlands natürlich nicht zu zweifeln ist. Die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als ein Uhr nachmittags ein Extrablatt des Berliner Lokalanzeigers erschien, das meldete, daß die **Mobilisierung des ganzen deutschen Heeres und der ganzen deutschen Flotte angeordnet sei.** Dieses Extrablatt wurde aber nur in wenigen Exemplaren verbreitet und überall bildeten sich ungeheuere Menschenansammlungen, die auf die weitere Verteilung in dumpfer Spannung warteten — doch vergeblich. Eine halbe Stunde später kam ein zweites Extrablatt des Lokalanzeigers hinterhergejagt folgenden Inhalts:

Durch einen groben Unfug sind heute mittag Extrablätter des „Berliner Lokalanzeigers" verteilt worden mit der Meldung, daß Deutschland die Mobilmachung beschlossen habe. Wir stellen fest, daß diese Meldung unrichtig ist.

Was hier ein grober Unfug genannt wird, ist in Wirklichkeit ein Verbrechen, gegen das ein gewöhnlicher Mord ein Kinderspiel ist. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß das Extrablatt des als offiziös bekannten Blattes ein Werk der Kriegspartei war, die die Regierung vor eine vollendete Tatsache stellen wollte. War die Mobilisierung offiziös bekannt gemacht, so rechnete sie, so mußte sie auch vollzogen werden — und dann war man um einen Riesenschritt dem Ziele näher, dem die Kriegstreiber zusteuern. Der Reichskanzler, der noch immer für die Erhaltung des Friedens arbeitet (und den man darum am liebsten jetzt inmitten der Krise stürzen möchte), suchte den verbrecherischen Handstreich durch ein sofortiges Dementi zu parieren. Die weitere Verbreitung der Falschmeldung wurde polizeilich verboten. Inzwischen war die Nachricht in alle Welt telegraphiert, der Ableugnung werden begreiflicherweise starke Zweifel entgegengestellt, die Erregung ist fast bis zur Besinnungslosigkeit gesteigert.

Ein zweiter Streich der Kriegspartei war die Nachricht, die von der Post und der Deutschen Tageszeitung verbreitet wurde, Deutschland habe von Rußland und Frankreich Aufklärung darüber verlangt, zu welchem Zwecke sie mobilisieren. Nach der Deutschen Tageszeitung sollte an Rußland eine diesbezügliche auf 24 Stunden zur Beantwortung befristete Anfrage gerichtet worden sein. Auch dies war aller Wahrscheinlichkeit nach verbrecherische Lüge. Vielleicht war in Regierungskreisen geplant worden, in Petersburg auf die Besorgnis hinzuweisen, die die militärischen Vorbereitungen Rußlands hervorrufen müssen — aber eine drohende Anfrage, die binnen 24 Stunden zum Kriege führen konnte, war kaum beabsichtigt. Sie ist wohl nur von jener Klique gewünscht worden, die mit dem Krieg schon als mit einer Selbstverständlichkeit rechnet und die darum die leitenden Stellen zu raschem Handeln antreiben will.

Natürlich werden auch jene Handlungen, die unbedingt zum Kriege führen müssen, vor der Oeffentlichkeit als Versuche angegeben, den Weltfrieden zu wahren. So schreibt der Berliner Lokalanzeiger:

Nur eine klare Sprache vermag hier vielleicht noch in letzter Stunde das drohende Unheil von Europa abzulenken, und darum glauben wir, daß die nächsten 24 Stunden Entscheidungen von ungeheurer Bedeutung bringen werden.

Die Leute, die hinter dem Lokalanzeiger stehen, denken in Wirklichkeit längst nicht mehr daran, das Unheil von Europa abzuwenden, sie wollen nur den Kriegsausbruch beschleunigen, weil sie von dem Zeitgewinn militärische Vorteile für Deutschland erwarten.

Eine volle Aufklärung haben indes die in den letzten Stunden verübten Treibereien noch nicht gefunden. Auch ernste Politiker neigen zur Annahme, daß die befristete Anfrage an Rußland tatsächlich ergangen sei und daß die Frist sogar schon an diesem Abend ablaufe. Für den Augenblick ihres Ablaufs sei die Bekanntmachung der Mobilisierung vorbereitet und das Extrablatt des Lokalanzeiger zu diesem Zweck auf Vorrat gedruckt worden. Durch ein unverzeihliches Versehen der Verwaltung, aber ohne verbrecherische Absicht, sei die Verbreitung vorzeitig erfolgt.

Wäre diese Auffassung richtig, so müßte im Laufe des Donnerstag ein vollständiger Wandel in der Haltung der leitenden Stellen eingetreten sein. Die Absendung einer drohend gehaltenen Note an Rußland könnte nur zu dem Zwecke erfolgt sein, den schon für unvermeidlich gehaltenen Gang der Ereignisse zu beschleunigen. Die bestimmtesten Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Absicht Wilhelm II. und seinem Kanzler noch vor allerkürzester Zeit fremd war. Wie dem auch immer sei — auf alle Fälle stehen die Kriegsparteien von Petersburg und Berlin hart vor dem Ziel.

Es liegt in der Macht des Dreibundes, die Weltkriegsgefahr sofort zu bannen und eine Vermittlungsaktion anzunehmen. Der Vorwärts kennzeichnet die Situation sehr richtig, wenn er in der heutigen Nummer schreibt:

Oesterreich hat feierlichst versichert, daß es keinerlei territoriale Eroberung beabsichtige. Rußland verlangt dagegen auch die Garantierung der politischen Unabhängigkeit Serbiens. Und das ist in der Tat des Pudels Kern.

Will Oesterreich Serbien Bedingungen auferlegen, die es aus der Reihe der unabhängigen Staaten streichen, statt Oesterreich nur gegen neue großserbische Umtriebe und Attentate zu sichern?!

Hier ist der Punkt, wo Oesterreich offene Antwort geben müßte. Vieldeutiges Diplomatendeutsch und gegenseitige Drohungen verfangen hier nicht mehr, hier muß eine klare Unterlage für Verhandlungen und Verständigung geschaffen werden! Und die Brücke zur Verständigung wäre so leicht zu schlagen, wenn nur nicht eigensinnige Verranntheit zur Katastrophe drängte!

Diesmal ist es wirklich keine konventionelle Lüge, wenn alle Staaten ihre Bereitschaft zu aufrichtigen Ausgleichsverhandlungen beteuern. Denn keinem ist wohl in seiner Haut, weder Rußland, das ja nach Wendels Wort „die Revolution im Leibe" hat, noch Frankreich, dessen Regierung und Presse sich wirklich die äußerste Zurückhaltung auferlegt haben.

Und da sollte **Oesterreich die unfaßbare Gewissenlosigkeit** haben, sich gegen jede Mahnung zur Mäßigung taub zu stellen? Und Deutschland sollte entschlossen sein, mit einem solchen Bundesgenossen durch dick und dünn zu gehen — auf die Gefahr der Weltkatastrophe hin?

Wir vermögen das noch heute nicht zu glauben. Wir erheben erneut den ernstesten Einspruch gegen eine solche Politik der beispiellosesten Verantwortungslosigkeit!

Als Partei der internationalen Völkersolidarität richten wir unsere Mahnung und Warnung an die Verantwortlichen aller Staaten.

Wir warnen Rußland, durch seine Mobilisierung einen Zustand zu schaffen, der den blutigsten Völkermord heraufbeschwört, aber auch das Ende des Zarismus bringen kann!

Wir beschwören Frankreich, seinen ganzen Einfluß auf Rußland auszuüben, damit es nicht durch seine plumpe Kosakenpolitik auch Frankreich in die unabsehbaren Schrecknisse des europäischen Krieges hineinreißt!

Aber wir warnen auch dringlichst noch einmal die deutsche Regierung, den Bogen zu überspannen! Das deutsche Volk, das hat die Demonstration des deutschen Proletariats bewiesen, **will den Frieden, will die Verhandlungen, will die Schlichtung des Konflikts!**

Das beispiellose Treiben der unverantwortlichen Kriegshetzer sucht **Kaiser und Kanzler mattzusetzen** und die Kriegsfurie skrupellos zu entfesseln!

Ihm gilt es, in der schicksalsschwersten Stunde die **unerschütterliche Losung** entgegenzusetzen:

Die Bahn frei für Verhandlungen zur Sicherung des Friedens!

Nieder mit den Kriegshetzern!

* * *

Die Handlanger der Mordpartei.

Berlin, 30. Juli. Wie das Hirschsche Telegraphenbureau erfährt, wurden heute gegen Abend die Abendnummern der Berliner Neuesten Nachrichten, der Deutschen Warte, der Deutschen Zeitung und der Deutschen Nachrichten polizeilich wegen groben Unfugs konfisziert. Diese Zeitungen hatten die Nachricht von der Mobilisation des I., V. und XVII. Korps gebracht, ohne dazu von amtlicher Seite ermächtigt zu sein.

Wie das Berliner Tageblatt meldet, soll der deutschen Presse zur Pflicht gemacht werden, Nachrichten, die eine Mobilisierung betreffen, nur nach vorher eingeholter Genehmigung zu verbreiten.

* * *

Die Kriegstreiber gegen die Regierung.

Am eifrigsten darauf erpicht, das deutsche Volk in einen Krieg zu treiben, sind jetzt offenbar die echt preußischen Männer, die Junker vom reinsten Geblüt, die hinter der Deutschen Tageszeitung und ähnlichen Blättern stehen. Diese Leute sind offenbar mit Wilhelm II. und seinen Ratgebern sehr unzufrieden, weil diese dahin streben, dem Volke den Frieden zu erhalten, weil die Regierung auf den tollen Schwindel, das albene Geheul halbwüchsiger Heldenjünglinge in den Großstadtstraßen sei ein Beweis für die Kriegsbegeisterung des deutschen Volkes, nicht hereingefallen ist. Was diese Desperadopolitiker zu ihrer Haltung veranlaßt, ist klar. Sie hoffen, die Gelegenheit des Krieges dazu benutzen zu können, um die verhaßte Umsturzpartei niederzuwerfen, oder doch wenigstens auf Jahre hinaus zu schwächen. Und dann, wenn der Krieg vermieden wird, kann die deutsche Sozialdemokratie mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß es ihr und ihren Bruderparteien in den anderen Ländern nicht zum wenigsten zu verdanken ist, wenn Europa vor der Katastrophe eines Weltkriegs bewahrt bleibt. Und das darf nicht sein, das wollen die Desperadopolitiker nicht zulassen. Lieber sollen Hunderttausende grausam hingeschlachtet werden. Aber es muß vermieden werden, daß den Völkern Europas durch die Tatsachen vordemonstriert wird, welche gewaltige Bedeutung die sozialistische Internationale heute bereits für Kultur und Fortschritt hat. Und deshalb geht die Hetze gegen die zu friedliebende Regierung los. So heißt es in einer Zuschrift an die als ultrakonservativ bekannte Mecklenburgische Warte, die in dem Blatte des Herrn Oertel, der Deutschen Tageszeitung, wenn auch nicht mit offener Zustimmung, so doch mit schmunzelndem Behagen abgedruckt wird:

Leider muß man es offen aussprechen, daß man den Eindruck nicht los wird, die führenden Männer in Berlin hätten total die Fühlung mit der deutschen Volksseele verloren! In der Wilhelmstraße hält man augenscheinlich die nationale Bewegung unseres Volkes nicht für durchgreifend — uns sind private Mitteilungen zugegangen, die sehr deutlich auf diese merkwürdige Auffassung hinweisen —, ja sogar im Kriegsministerium (!) soll es Männer geben, die diesen ganzen Konflikt nicht für „populär" halten! Sind denn unsere Ministerien geradezu durch eine chinesische Mauer vom Volkstumme getrennt? Oder dokumentiert sich hier der stetig wirkende Einfluß derjenigen Kreise, die in den letzten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten, den vorwiegenden Umgang der maßgebenden Männer gebildet oder doch sehr überwiegend ihr Ohr gehabt haben? . . .

Und Oertel fügt das seinige dazu. Er will, daß die Regierung alles tut, um es unverantwortlichen Kriegstreibern zu ermöglichen, ein falsches Bild von den Gefühlen des deutschen Volkes zu entwerfen, er will, daß die Welt in der infamsten Weise auch weiterhin angelogen werden kann, mag dadurch auch die Kriegsgefahr noch so sehr gesteigert werden. Herrn Oertel paßt es nicht, daß die Polizeiverwaltungen in vielen Städten alle Demonstrationen verboten haben. Wenn's nach ihm ginge, so ließe man den Hurramob noch weiter in den Straßen herumbrüllen, das Volk aber würde man an der Bekundung seines Willens verhindern. Herr Oertel sähe es sogar am liebsten, wenn die Friedensversammlungen des Proletariats einfach polizeilich verboten würden. Er schreibt:

Was wollen dagegen die sozialdemokratischen Kundgebungen? Sie sind angeblich bestimmt, dem Frieden zu dienen. Tatsächlich bewirken sie das Gegenteil. Sie rühren von einer zugestandenermaßen antimonarchischen Partei her; sie richten sich grundsätzlich und zuletzt gegen das Reich, gegen die Monarchie und gegen den Träger der Krone. Daran kann kein Mensch zweifeln. Kundgebungen gegen die monarchische Ordnung müssen nach Möglichkeit gehindert werden, gehören wenigstens keinesfalls auf die Straße. Wer die Dinge unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, der wird die gleiche Behandlung patriotischer Kundgebungen und antimonarchischer Demonstrationen nicht für selbstverständlich erachten können, sondern sie für nicht recht verständlich halten.

Also Oertel mutet der Regierung klipp und klar zu, ein unerhörtes Verbrechen zu begehen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Kriegsgefahr bedeutend vermehrt werden würde, würde die Regierung Herrn Oertels Ratschläge befolgen. Dieses Verlangen Oertels zeigt deutlich, daß unsere extremen Agrarier nicht im geringsten den Wunsch haben, das deutsche Volk vor einer entsetzlichen Massenschlächterei, vor einer fürchterlichen wirtschaftlichen Katastrophe zu bewahren. Rücksichtslos, wie sie die Volksmassen seit Jahr und Tag aufs ärgste ausgebeutet und geschunden haben, so schrecken sie jetzt nicht davor zurück, das Volk in einen fürchterlichen Krieg zu treiben, weil sie glauben, daß sie dabei Macht und Einfluß gewinnen könnten. Wahrlich, das Verhalten dieser Patentpatrioten in dieser für das deutsche Volk so schicksalsschweren Zeit paßt ausgezeichnet zu dem Bild, das wir uns stets vom

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140731/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG